

lungen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darzulegen. Die folgenden Kapitel zeigen verschiedene Phasen der Grenzsicherung auf. Der Bau der Berliner Mauer 1961 führte zu Veränderungen im Grenzsicherungssystem der DDR. Darauf folgt ein historischer Abriss des Prager Frühlings und seiner Bedeutung für den „sozialistischen Internationalismus“ (S. 106). Im Rahmen der Darstellung der 1970er Jahre liegt der Fokus auf dem pass- und visafreien Reiseverkehr. T. untersucht, wie die politischen Ereignisse diesen – von anfänglichen Erleichterungen bis hin zu einer hermetischen Abriegelung der Grenzen – beeinflusst haben, und beschreibt die transnationale Zusammenarbeit bei Fahndungen und Grenzkontrollen. Das letzte Kapitel beginnt mit den 1980er Jahren und endet mit dem Fall der Berliner Mauer. Hier werden die Auswirkungen der Solidarność-Bewegung auf das Grenzregime und den Reiseverkehr in den Mittelpunkt gestellt. T. schildert ausführlich das Grenzkontrollregime der DDR zu und in Wechselwirkung mit seinen Nachbarstaaten in einem Zeitraum von über 40 Jahren und verdeutlicht, welche politischen Faktoren Einfluss auf das Grenzregime, die Grenzsicherung und den Reiseverkehr nahmen.

In seinem Resümee bestätigt der Autor seine zu Beginn formulierte These: Der Ostblock sei demnach eine Region gewesen, die „politisch, ideologisch und transnational tiefer gespalten war, als bisher angenommen wurde“ (S. 179). T.s Arbeit bietet einen guten Überblick über die sicherheitspolitischen Aspekte der Grenzsicherung im Untersuchungsgebiet. Wirtschafts- und Kulturkontakte, bei denen das „trennende“ Element der Grenze nicht immer im Vordergrund stand, wie es Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski und Joachim von Puttkamer jüngst aufgezeigt haben¹, werden dabei nur am Rande behandelt. Dadurch wird nicht deutlich, ob sich die erwähnten Einschränkungen auf alle die Grenze betreffenden Bereiche derart gravierend auswirkten.

Marburg

Jasmin Nithammer

¹ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, JERZY KOCHANOWSKI u.a. (Hrsg.): *Schleichwege. Inoffizielle Begegnungen sozialistischer Staatsbürger zwischen 1956 und 1989*, Köln u.a. 2010.

Karel Vodička: Das politische System Tschechiens. VS, Verl. für Sozialwiss. Wiesbaden 2005. 290 S., Ill., graph. Darst. ISBN 3-8100-4083-5. (€ 34,95.) – Das anzuzeigende Lehrbuch beschreibt das gegenwärtige politische System Tschechiens, wobei normative und strukturelle Aspekte, involvierte Institutionen, politische Prozesse sowie politische Kultur im Mittelpunkt stehen, nicht aber konkrete Politiken. Der vorangestellte historische Abriss, der die Entwicklung des politischen Systems der Tschechoslowakischen Republik 1918-1938, der kommunistischen ČSSR 1948-1989 sowie der ČSFR bis zur einleuchtend analysierten sogenannten „samtenen Scheidung“ von Tschechen und Slowaken 1992 umfasst, scheint manchmal recht knapp, zudem werden wiederholt Spezialbegriffe wie „Pětka“ und „die Burg“ nicht beim ersten Auftreten, sondern erst erheblich später erläutert. Die jeweilige kapitelbezogene Literatur- und Webseitenauswahl ermöglicht aber eine Vertiefung der jeweiligen Informationen. Die Studie konstatiert, gestützt auf Umfragen, die generelle Vergleichbarkeit der Tendenzen und Entwicklungstrends in Tschechien mit den übrigen postkommunistischen Demokratien in der Konsolidierungsphase, abgesehen davon, dass in Tschechien „ein gesamtstaatliches Referendum“ (S. 260) nicht vorgesehen ist. Der Analyse der tschechischen postkommunistischen Verfassungsordnung folgt ein sehr aufschlussreiches, auf Umfragen gestütztes Kapitel über die tschechische politische Kultur im Wandel. Mag auch Tschechien bezüglich Demokratiepräferenz, Partizipationsbereitschaft und mangelnder Unterstützung antidemokratischer Systemalternativen etwas besser abschneiden als die postkommunistischen Nachbarländer, stand es aber hinter dem politischen System der konsolidierten westeuropäischen Demokratien weiterhin zurück. Die „soziale Isolation der Roma von der Nachkriegsgesellschaft“ (S. 109) wird als gravierendes Problem deutlich benannt, und die Roma werden als die entschiedensten sozialen Verlierer des Transformationsprozesses identifiziert, mag sich auch ein Großteil der Bevölkerung subjektiv als sozialer Absteiger sehen. Die Studie bietet zudem interessante Einblicke in die außenpolitisch relevanten Einstellungen der Tschechen, etwa zu den Nachbarländern, zur EU und zur NATO. Die Analyse des intermediären Systems, unter anderem der in Tschechien als Tripartismus bezeichneten Sozialpartner-

schaft, des Parteiensystems, der Verfassungsinstitutionen im politischen Prozess – wobei zutreffender Weise die erhebliche Bedeutung des Verfassungsgerichts hervorgehoben wird – sowie von Kommunalpolitik und Selbstverwaltung, bietet wiederum knappe, aber instruktive Einblicke. Vorhandene Defizite, etwa bezüglich „der Akzeptanz der Spielregeln durch relevante Akteure“ des politischen Systems, „klientelistische Beziehungen und Korruption“ (S. 232) sowie Mängel im Funktionieren der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie bei der Ausgestaltung einer aktiven demokratischen Bürgergesellschaft, werden deutlich benannt. Ebenso deutlich wird jedoch, dass dies in ähnlichem Umfang etwa auch für Ungarn und Polen gilt.

Die Studie, die im Ergebnis eine weit fortgeschrittene Konsolidierung des postkommunistischen politischen Systems Tschechiens sowohl auf konstitutioneller, institutioneller und intermediärer Ebene als auch bezüglich der Gestaltung politischer Prozesse konstatiert, ist als erster Einstieg in die Beschäftigung mit dem politischen System Tschechiens durchaus geeignet. Sie ist in ihrem historischen Abriss zwar recht knapp und etwas undifferenziert, was den totalitären Charakter des politischen Systems der Tschechoslowakei betrifft (vgl. S. 30: „Die KP-Führung [...] entschied über Leben und Tod jedes Einzelnen“), bietet aber abgesehen von der sinnvollen Einordnung Tschechiens in den ostmitteleuropäischen Kontext eine Fülle von Detailinformationen und weiterführenden Hinweisen.

München

René Küpper